

Gerald Häfner ist Mitbegründer der «Grünen». Er war 10 Jahre Mitglied des Deutschen Bundestages und Sprecher seiner Fraktion. Er ist freiberuflicher Publizist, Mitglied des Vorstandes der Anthroposophischen Gesellschaft in Deutschland und Vorstandssprecher von «Mehr Demokratie».



## KONZEPTE FÜR DEUTSCHLAND I MEHR DEMOKRATIE

von Gerald Häfner

Jeder weiß es: Unser Land ist in einer Krise. Staatsverschuldung, Arbeitslosigkeit, Lehrstellenmangel, zunehmende Kinderarmut, mangelnde Finanzierbarkeit von Krankenversicherung, Renten und Pensionen, ungerechtes und ineffizientes Steuersystem, Qualitätsmängel in Schulen und Hochschulen sind nur Beispiele. Deutschland muss sich bewegen. Wer die Eigenarten und Stärken dieses Landes erhalten will, muss seine Politik und Gesetze ändern. Denn diese halten zäh und ängstlich an Vorstellungen, Einrichtungen und Strukturen fest, die längst schon nicht mehr den heutigen Anforderungen entsprechen. In dieser Gefahr sind Recht und Politik immer: Vergangenheit einzufrieren anstatt Zukunft zu ermöglichen.

Wir hören es immer wieder: «Durch Deutschland muss ein Ruck gehen!» Warum nur geschieht es nicht – oder wenn es geschieht, dann so mistönend, chaotisch und richtungslos wie derzeit? Das hat mit dem Zustand des politischen Systems in unserem Land zu tun. Und es weist darauf hin, dass unter und hinter den genannten Problemen ein noch grundlegendes liegt: das Demokratieproblem. Denn vom Zustand unserer Demokratie hängt ab, ob und wie Entscheidungen zustande kommen. Die Qualität der Entscheidungsverfahren und der in ihnen agierenden Personen bestimmt unmittelbar die Qualität der Ergebnisse. Und die lässt offensichtlich zu wünschen übrig. Obwohl alle Umfragen ein gestiegenes Interesse an den ja auch das eigene Leben massiv betreffenden politischen Fragen signalisieren, sinkt das Ansehen von Politik und Politikern ins Bodenlose, gehen immer weniger Bürger zur Wahl, wenden sich immer mehr enttäuscht von der Politik ab. Woran liegt das? Nicht die Demokratie ist schuld, sondern ihr ungenügendes Funktionieren in den politischen Verfahren und Institutionen.

### WAS BEDEUTET EIGENTLICH DEMOKRATIE?

Demokratie geht davon aus, dass alle Bürger gleich sind vor dem Recht. Und dass alle beteiligt sein müssen, wenn es gilt, das Recht zu vereinbaren. In der Sprache des Grundgesetzes: «Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.» **Demokratie lebt von dem Engagement und der tatsächlichen Beteiligung der Bürger.** Nur wo sich die Bürger einbringen, wo sie mitreden und mitentscheiden, wo sie auch Verantwortung übernehmen, kann eine Demokratie auf Dauer funktionieren. Wie aber sieht Demokratie aus?

Alle vier (oder, immer öfter, erst alle fünf) Jahre kann der Bürger sich äußern. Dann darf er seine Stimme abgeben. Im doppelten

Wortsinne, denn danach ist die Stimme weg (falls er sie nicht abgibt allerdings auch). Von nun an darf er ohnmächtig zuschauen, was die Politiker aus seiner Stimme machen. Er kann dann noch protestieren, demonstrieren, appellieren, aber auf die Entscheidungen hat er keinen Einfluss. Der Souverän hat seine Souveränität abgegeben.

**Bei uns ist Demokratie Zuschauerdemokratie.** Wir reduzieren sie auf das Prinzip der Repräsentation. Und wir praktizieren sie ausschließlich als Parteiendemokratie: Redet ein Abgeordneter im Bundestag, klatschen seine Parteikollegen. Die anderen wenden sich ab oder versuchen den Redner zu stören. Spricht dann einer von der anderen Seite, ist es umgekehrt. Was die eine Fraktion vorschlägt, wird von der anderen abgelehnt und was jene gutheißt wird von dieser bekämpft. Auch abgestimmt wird in der Regel nach Partei- und Fraktionszugehörigkeit. Einen den Problemen angemessenen Ernst, eine nach allen Seiten offene Atmosphäre, ein ruhiges, besonnenes Zuhören, ein Abwägen aller, gerade auch der von anderen eingebrachten Gesichtspunkte erhofft man meist vergebens.

Das Problem wiederholt sich innerhalb der Parteien und Fraktionen. Auch hier gibt es zunehmend weniger unabhängige und wirklich in die Tiefe gehende Diskussionen. Vielmehr wird immer öfter von oben ein Vorschlag präsentiert – und dann mit allen Mitteln der Macht durchgedrückt. Es geht dann eben nicht mehr darum, ob das Vorgeschlagene die beste oder vielleicht gerade keine Lösung ist, sondern ob der Kanzler «seinen Laden noch im Griff» hat, ob die Koalition «steht» oder «wackelt», ob «die Union geschlossen hinter» Merkel steht oder ein anderer im «Kandidatenkarussell» «die Nase vorn» und «die Partei hinter sich» hat.

Das ist das Problem der rein repräsentativen Demokratie: Erhalt, Ausbau und Sicherung der Macht stehen im Vordergrund. Die Sache rangiert weit dahinter. Parteien organisieren und bündeln Gruppen-



Fotos: Wolfgang Schmidt

interessen. Der Einzelne bleibt auf der Strecke. Wo Möglichkeiten und Bereitschaft, sich einzubringen, schrumpfen, wächst eine Haltung, in der jeder nur noch fragt, was er vom Staat erhält und nicht mehr, was er geben kann. Eine solche Form der Demokratie schwächt auch den Bürgersinn.

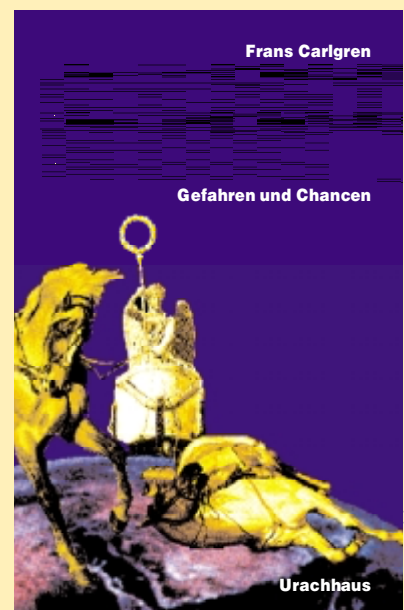
#### WAS ALSO TUN?

Wir brauchen viele Reformen. Als wichtigste aber brauchen wir eine Demokratiereform. Ihr Ziel muss eine Form der Demokratie sein, die wieder die Sachauseinandersetzungen und nicht den Machtkampf in den Mittelpunkt stellt, die Bürgerinnen und Bürger ernst nimmt und mit einbezieht, die mit den Bürgern und nicht über ihre Köpfe hinweg entscheidet und so eine moderne, aktive Bürgergesellschaft ermöglicht. Das ist kein unrealisierbarer Wunsch. Die wichtigsten Vorschläge dazu liegen auf dem Tisch – nicht nur der allgemeinen Diskussion, sondern auch des («Hohen») Hauses. Denn ich habe sie ausgearbeitet und als Elemente eines «großen Demokratiepaketes» in den Deutschen Bundestag eingebracht. Die Vorschläge setzen auf vielen Ebenen an. Die drei wichtigsten will ich hier nennen:

**1. Eine umfassende Parlamentsreform** muss die Rechte des Parlamentes und der einzelnen Abgeordneten stärken sowie die Macht der Parteien und Fraktionen beschränken. Vor allem

muss sie dafür sorgen, dass endlich wahr wird, was im Grundgesetz steht: «Die Abgeordneten ... sind Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen.» Wenn künftig jeder Parlamentarier selbst einen Gesetzentwurf einbringen oder sich zu Wort melden kann und nicht davon abhängig ist, dass seine Fraktion dies für ihn tut, so ist schon viel gewonnen.

**2. Eine Reform des Wahlrechtes.** Sie sollte dem Einzelnen nicht nur die Möglichkeit geben, eine Partei anzukreuzen, sondern individuelle Menschen. In allen Parteien gibt es gute und weniger gute Kandidaten. Und nicht immer sind die die besten, die die Partei auf die vordersten Plätzen gesetzt hat (und die damit, weil die Bürger die Listen nicht verändern dürfen, heute ihren Platz immer schon sicher haben). Die freieren, unabhängigeren Persönlichkeiten stehen oft weiter hinten. Ein Wahlrecht, das den Bürgern erlaubt, aus allen Listen (d.h. auch parteiübergreifend) diejenigen Kandidaten herauszusuchen und zu wählen, die diese wirklich für gut halten, würde deshalb sofort zu einer anderen Zusammensetzung des Parlamentes führen. Und zu einem anderen Klima in den Parteien und Parlamenten. Denn plötzlich hängt meine politische Zukunft nicht mehr nur von der Partei ab, sondern von den Bürgern, wird Unabhängigkeit und Eigenständigkeit nicht mehr bestraft, sondern belohnt. ▶




228 Seiten, kartoniert  
 € 17,50 (D) / € 18,10 (A) / sFr 31,10  
 ISBN 3-8251-7140-X

## Gefahren und Chancen einer krisengeschüttelten Welt

Die Zeiten, in denen die globalen Probleme vor unserer Haustüre halt machen, sind vorbei. eine Entwicklung ist im Gange, deren Eigendynamik sich der Kontrolle einer staatlichen Ordnungsmacht längst entzogen hat.

Frans Carlgren zeigt mögliche Wege in die Zukunft und versetzt uns in eine Welt, in der uns die Konsequenzen einer Unregierbarkeit der Staaten drastisch vor Augen geführt wird. Jenseits von Resignation und blindem Optimismus entsteht die Vision einer Gesellschaft im Umbruch, die uns neben Ängsten und Risiken auch eine Fülle neuer Entwicklungsmöglichkeiten bietet.



Die Zukunft  
war früher  
auch besser

- Das wichtigste aber ist eine Demokratie, in der die Bürger nicht nur Zuschauer, sondern an den politischen Entscheidungen dort, wo sie das wollen, unmittelbar beteiligt sind.

**3. Wir brauchen eine Ergänzung der bisher rein repräsentativen Demokratie durch direkte Demokratie.** Die Bürger sollen künftig ihre Stimme nicht nur alle paar Jahre unwiederbringlich abgeben, sondern diese auch zwischen den Wahlen behalten. Mehr noch: Nicht nur Bundesregierung, Fraktionen oder Bundesrat sollen Gesetzesinitiativen formulieren und einbringen können, sondern jeder Bürger. Er kann sich mit seiner Initiative an das Parlament oder, wenn dieses der Sache nicht zustimmt, an seine Mitbürger wenden. Unterstützt eine ausreichende Anzahl von Bürgern das Anliegen, kommt es darüber zum *Völkentscheid*. Dies ist dann ebenso ein Akt hoheitlicher Willensbildung wie z.B. auch eine Wahl, nur dass es diesmal nicht um Personen geht, nicht um Parteien und nicht um die Macht, sondern um eine bestimmte Sachfrage – sagen wir um Vorschläge zu einer Neuordnung des Rentenrechtes und der (Beamten)Pensionen. Ein halbes Jahr vor der Abstimmung beginnt eine umfangreiche öffentliche Information und Diskussion über das zur Abstimmung stehende Vorhaben. Jeder Bürger bekommt mit der offiziellen Benachrichtigung ein Papier, das die Argumente für und gegen den Vorschlag authentisch und in gleicher Form und Länge enthält. Erst nach einer längeren Diskussionsphase findet die Abstimmung statt. Bei dieser zählt jede Stimme gleich.

Auch dieser Vorschlag steht eigentlich schon im Grundgesetz. Man muss ihn nur finden. «Alle Staatsgewalt», heißt es dort, «... wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen ... ausgeübt». Wahlen regelt das Bundeswahlgesetz. Und sie finden immer wieder statt. Schließlich wollen Politiker ja auch gewählt werden. Abstimmungen fehlen bis heute; ebenso wie ein Bundesabstimmungsgesetz. Hier ist der

Ehrgeiz der Politiker deutlich geringer ausgeprägt. Denn das Abstimmungsgesetz nutzt nicht ihnen, sondern den Bürgern.

**Internationale Untersuchungen zeigen überzeugend die positiven Wirkungen der direkten Demokratie**, die allen mehr Zugangsmöglichkeiten zu Diskussionen und Entscheidungen gibt, die zur Auseinandersetzung mit Argumenten um den besseren Weg zwingt und die die Politik offener, sachlicher und kommunikativer macht. Direkte Demokratie führt zu mehr politischer Information, Diskussion und Motivation und zu einer höheren politischen Qualifikation auf Seiten der Bevölkerung, zu mehr Partizipation und Bürgerengagement, zu mehr Transparenz und Effizienz, mehr Akzeptanz und Legitimation von Entscheidungen, zu mehr gesellschaftlicher Integration, zur Verringerung der Kluft zwischen Bürgern und Politikern und, vielleicht das Wichtigste, zu besseren Entscheidungen.

In einer immer individualisierteren Gesellschaft ist das Prinzip der Repräsentation und erst recht das der Parteien immer weniger zeitgemäß. Denn in ihm lebt etwas altertümlich Gruppenhaftes fort und nicht wirklich der Geist des freien, modernen Individuums. Unmittelbare Demokratie dagegen verbindet zwei scheinbar gegensätzliche Aspekte: Die Freisetzung bzw. Unterstützung von Initiative und damit von Freiheit und Selbstbestimmung und die Stärkung des Gemeinsinnes und des Gemeinwohls in Zeiten des Egoismus und der wachsenden Macht einseitiger ökonomischer und politischer Interessen. Wer sich gefragt und beteiligt fühlt, der identifiziert sich auch in neuer, freier Weise mit dem Gemeinwesen, dem er angehört und für das er Verantwortung trägt. So werden die Bürger erst tatsächlich vom Objekt zum Subjekt, zum Gestalter, zum Souverän des Sozialen Ganzen, in dem sie leben. ■

Für die genannten Ziele, insbesondere für direkte Demokratie, setzt sich eine bundesweit tätige Bürgeraktion ein, die Gerald Häfner gegründet hat und leitet: Mehr Demokratie e.V. · Jägerwirtstr. 3 · 81373 München · Tel. 0 89/8 21 17 74 · Fax 0 89/8 21 11 76 · email: [info@mehr-demokratie.de](mailto:info@mehr-demokratie.de) oder im Internet unter: [www.mehr-demokratie.de](http://www.mehr-demokratie.de)